

## RDJ-Stellungnahme zur Situation der Jugendarbeit und Jugendlichen während der COVID-19-Pandemie

Auf Einladung hat der Rat der deutschsprachigen Jugend (RDJ) seine Einschätzung zur Situation der Jugendarbeit und Jugendlichen während der COVID-19-Pandemie am Freitag, den 5. Februar 2021 im Sonderausschuss COVID-19 des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft erläutert. Im Nachgang befindet sich die komplette Stellungnahme des RDJ.

„Der RDJ zeichnet sich durch seine Diskussionskultur aus, die seit der Pandemie nicht mehr in dieser Form bestehen kann. Wir mussten Veranstaltungen absagen, Kampagnen umplanen und digitale Alternativen suchen. Der Jugendrat funktioniert mit hauptsächlich ehrenamtlichen Mitgliedern, die sich u.a. für den sozialen Austausch oder für Projekte engagieren. Das führt dazu, dass bei einem ausschließlich virtuellen Angebot die Motivation bei den Mitgliedern sinkt. Gleichzeitig sind wir im letzten Jahr aber auch noch näher zusammengerückt, um den Jugendlichen aus der Ferne eine Unterstützung zu sein: durch die Sexting-Kampagne, durch Online-Austausche mit EntscheidungsträgerInnen oder durch unsere aktuelle virtuelle JugendleiterInnenausbildung.

In der ostbelgischen Jugendarbeit haben sich die Jugendeinrichtungen im Frühjahr 2020 schnell an die neue Situation angepasst und ihr Angebot in den digitalen Raum verlegt. Der Jugendsektor hat sein Bestmögliches gegeben, um weiterhin für die Kinder und Jugendlichen da zu sein. Mit den Jugendlichen, zu denen bereits vorab eine Beziehung aufgebaut werden konnte, hat dies gut funktioniert. Neue Jugendliche über virtuelle Wege zu erreichen, stellt sich eher als schwieriger, schier unmöglich dar. Gleichzeitig führen digitale Aktivitäten langfristig dazu, dass die Gruppendynamik leidet. Vor allem bei den +12-Jährigen, bei denen physisch organisierte Aktivitäten bis vor kurzem verboten waren, ist festzustellen, dass sie die Motivation und den Kontakt zur Gruppe verlieren. Logisch, dass sie nicht noch in ihrer Freizeit an digitalen Aktivitäten teilnehmen möchten, wenn bedacht wird, dass sie bereits durch das Home-Schooling die meiste Zeit vor dem Computer sitzen. Zudem sind bei digitalen Aktivitäten die Kinder und Jugendlichen ausgeschlossen, die kein Smartphone, Computer oder Internetzugang haben. Das bedeutet, dass die sozial schwächeren Jugendlichen nicht nur im Bereich Bildung, sondern auch bei Freizeitaktivitäten benachteiligt werden.

Für die Jugendorganisationen waren die Sommerlager 2020 das absolute Highlight. Es konnten kaum physische Aktivitäten während der ersten Jahreshälfte stattfinden und es war lange Zeit unsicher, ob und wie es auf Lager gehen konnte. Als die positive Nachricht eintraf, waren die LeiterInnen umso motivierter, ihr traditionelles Lager auf die getroffenen Hygienemaßnahmen anzupassen. Trotz des gestiegenen Aufwands sind die Ehrenamtlichen engagiert, kreativ und verantwortungsbewusst mit der Situation umgegangen. An dieser Stelle können wir nur den Hut vor jedem Leiterteam ziehen, welches innerhalb von einem Monat ein Corona-konformes Lager auf die Beine gestellt hat. Sehr gut unterstützt wurden sie dabei durch die Politik: Eine durch das Ministerium einberufene Arbeitsgruppe der Jugendorganisationen hat den JugendleiterInnen alle Informationen in leichter Sprache und so praktisch wie möglich an die Hand geben können (mit Videos, FAQs oder Sprechstunden). Dazu wurden notwendige Hygienepakete zur Verfügung gestellt. Zusammenfassend hat dies dazu beigetragen, dass die Sommerlager 2020 super gelaufen sind, das Feedback war durchweg positiv und die Isolation bei Corona-Verdachtsfällen hat sehr gut funktioniert.

Was die Vorbereitung der Lager 2021 angeht, planen die Jugendgruppen aktuell normal weiter und orientieren sich an dem Modell vom letzten Jahr. Dabei sind sie verständlicherweise vorsichtig, was Bestellungen und Buchungen angeht und treffen dabei glücklicherweise oft auf Kulanz von bspw. Vermietern. Trotzdem wäre es wünschenswert, wenn die Jugendorganisationen 2021 mehr Zeit haben, um sich auf das Sommerlager und die entsprechenden Maßnahmen vorzubereiten.

Auch mit der Einführung eines neuen Blasenmodells im September konnten sich die Jugendeinrichtungen wieder schnell zurechtfinden. Danach wurde dieses Protokoll aber immer wieder über den Haufen geworfen: Im Herbst änderten sich die Informationen sogar im Wochentakt, was bei den Hauptamtlichen und vor allem Ehrenamtlichen der Jugendarbeit zu steigendem Frust führte. Zudem war es für die Jugendlichen schwierig, sich zwischen den Richtlinien der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der jeweiligen Mutterorganisation zurecht zu finden. Dabei stand die Politik für jegliche Fragen als Ansprechpartner zur Verfügung.

Des Weiteren ist auch die Sicherstellung der finanziellen Unterstützung von Seiten der Regierung positiv zu betrachten. Es wurde eine Zuschussgarantie ausgesprochen, eine Liquiditätssteigerung eingeführt, Corona-Hilfefonds für Einnahmeausfälle und Mehrausgaben zur Verfügung gestellt. Es ist abhängig von der Gruppengröße und den Reserven der jeweiligen Jugendgruppen, ob sie aktuell ohne Geldaktion oder mit weniger Geldaktionen über die Runden kommen. Langfristig gesehen brauchen hier voraussichtlich einige Jugendgruppen weitere finanzielle Unterstützungen, um ihre Aktivitäten weiterhin organisieren zu können.

Die digitale Jugendarbeit ist in den vergangenen Monaten sehr wichtig geworden. Sie ist zwar in Ostbelgien bereits vor der Pandemie ein Thema gewesen, aber es gab bis dato kaum konkrete Maßnahmen oder Möglichkeiten. Daher haben sich die Jugendeinrichtungen auf eigene Faust an die Arbeit gemacht und kreative digitale Angebote geschaffen. Dabei wäre Netzwerkarbeit, Weiterbildungen oder die Zurverfügungstellung von entsprechender Hard- und Software wünschenswert gewesen. Darauf sollte sich in der Zukunft konzentriert werden. Durch die notwendigen virtuellen Angebote in den letzten Monaten wissen wir jetzt aber auch, dass die digitale Jugendarbeit ein ergänzendes Angebot zur klassischen Jugendarbeit sein, sie aber niemals ersetzen kann. Laut den Jugendorganisationen bleibt mit dem dauerhaft virtuellen Angebot der „Spaß auf der Strecke“ und es „fehlt der soziale Aspekt“.

Der RDJ ist dabei mehr als die klassische Jugendarbeit, denn wir vertreten auch individuelle Jugendliche ohne Zugehörigkeit zu einer Jugendeinrichtung. Aus dem Grund möchten wir besonders auf die psychologischen Aspekte von jungen Menschen in Zeiten der Corona-Krise eingehen, denn hier sehen wir ein großes Problem.

Jugendliche brauchen für ihre persönliche Entwicklung den Kontakt zu Gleichaltrigen. In einer Lebensphase, in der sie sich von den Eltern abkapseln wollen, sind sie aktuell mit diesen „eingesperrt“. Zusätzlich gibt es derzeit keinerlei Ausgleichsmöglichkeiten durch Sport- oder Gruppenaktivitäten, denn diese waren bis vor kurzem für die +12-Jährigen verboten. Auch gibt es kaum Studentenjobs, mit denen Jugendliche sich ein Stück Unabhängigkeit ermöglichen können.

Junge Menschen werden von der Politik aktuell als SchülerInnen, Lehrlinge oder StudentInnen wahrgenommen – allerdings definieren sie sich vor allem über ihren Freundeskreis und ihre Hobbys. Laut der deutschen Studien [JuCo 1](#) und [JuCo 2](#) (Mai und Dezember 2020) – und Gespräche mit ostbelgischen Jugendlichen bestätigen die Ergebnisse auch für unsere Region – fühlen sich junge Menschen in der Krise nicht gehört und es wird ihnen keine Perspektive geboten. Im Gegenteil: Jugendlichen wird oftmals vorgeworfen, sich nicht an die Maßnahmen zu halten. Dass ihnen gerade eine Zeit ihres Lebens „gestohlen“ wird (Abitur, Studentenleben, Praktikum, Berufsbeginn), wird kaum thematisiert. Besonders StudentInnen im ersten Jahr, die sowieso mit einem neuen Bildungssystem und neuem Unterrichtsstoff, ggf. sogar einer neuen Sprache konfrontiert werden, dürfen aktuell keine KommilitonInnen sehen, können sich ausschließlich virtuell mit ihren DozentInnen austauschen und sitzen möglicherweise nur in ihrem kleinen Studentenzimmer.

Während mehr und mehr Jugendliche sich in ihren eigenen vier Wänden isolieren und dadurch vereinsamen oder sogar depressiv werden, gibt es in Ostbelgien zu wenig Hilfsangebote für Jugendliche. Die Nutzung von öffentlichen Diensten ist für junge Menschen grundsätzlich mit einer hohen Hemmschwelle verbunden und die Corona-Krise macht es nicht einfacher. Besonders chancenärmere Jugendliche und solche ohne Rückhalt bleiben hier auf der Strecke.

Streetwork hat uns einige Beispiele von Jugendlichen genannt, die sie gerade betreuen: junge Menschen, die sich endlich getraut haben, Hilfe anzunehmen, landen bei Hilfseinrichtungen nach einem Erstgespräch erst Mal auf eine Warteliste. Andere, die aufgrund der großteiligen Schließung des Horeca-Sektors keinen Job mehr haben, erhalten trotz Anrecht auf Arbeitslosengeld kein Geld, weil die Dienste nicht zu erreichen bzw. überlastet sind. Jene, die jetzt die Schule, Ausbildung oder das Studium aus persönlichen oder externen Gründen abbrechen, erhalten kaum Unterstützung und sind perspektivlos. Yves Gustin, Streetworker, steht heute für weitere Fragen diesbezüglich zur Verfügung.

Vereinsamung, Depressionen, Suchtverhalten, Angstzustände und Bildungsbenachteiligung bei Jugendlichen sind nur einige der aktuellen Konsequenzen der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Wir wissen aktuell nicht, inwiefern die mentale Gesundheit der jüngeren Generationen langfristig beeinflusst wird. Von Seiten der Politik wünschen wir uns darum zum einen, dass Jugendliche bei Lockerungen der Corona-Maßnahmen prioritär berücksichtigt werden. Zum anderen braucht es endlich einen proaktiven Ansatz der EntscheidungsträgerInnen. Bereits im April 2020 hat der RDJ in seiner Stellungnahme darauf aufmerksam gemacht, dass Betreuungs- und Beratungsangebote für Jugendliche in Ostbelgien fehlen. Das hat sich bis jetzt nicht verbessert. Dabei müssen kurzfristig viel mehr vor allem niedrigschwellige Angebote für Jugendliche zur psychischen Versorgung errichtet werden. Ein Online-Angebot, das den Erstkontakt vereinfacht, eine erste Beratung sicherstellt und an die entsprechende Organisation weiterleitet, wäre ein möglicher Lösungsansatz.

Auch die Entwicklung in der Jugendarbeit ist schwierig vorauszusagen. Aktuell sind die Mitgliederzahlen mehr oder weniger stabil. Allerdings befürchten die Jugendorganisationen einen zukünftigen Leitermangel: Einerseits verlieren die aktuellen LeiterInnen die Motivation und die ständige Ungewissheit gefährdet die Langfristigkeit eines Engagements. Andererseits durften die Nachwuchsgenerationen bis vor kurzem nur digitale Aktivitäten abhalten. Der Kontakt verläuft sich so langsam und dies kann in den kommenden Jahren zu einem ernstem Problem in den Jugendgruppen

führen. Um dem entgegenzuwirken, könnte die Jugendleiterrolle attraktiver gestaltet und mehr wertgeschätzt werden, beispielsweise in Form von kulturellen Angeboten oder Vorteilen.

Gleichzeitig werden JugendarbeiterInnen und -leiterInnen in Zukunft auf neue Probleme stoßen: Um auf psychische Probleme oder Fälle von häuslicher Gewalt bei Kindern und Jugendlichen entsprechend reagieren zu können, brauchen die Akteure der Jugendarbeit Weiterbildungsangebote und nützliches Material. Dieses Vorhaben sollte so schnell wie möglich und nicht erst nach der Pandemie von der Politik in Angriff genommen werden.

Die Jugendorganisationen gehören zur ostbelgischen Kultur dazu. Aus diesem Grund sollte sichergestellt werden, dass diese weiterhin für alle Kinder und Jugendlichen finanziell zugänglich bleiben. Dafür braucht es eine Flexibilität von Seiten der Politik. Wir schlagen eine Übergangsphase nach der Pandemie vor, in der die Jugendarbeit eine finanzielle und inhaltliche Unterstützung erhält, um nicht von heute auf morgen zur normalen Tagesordnung zurückkehren zu müssen. Gleichzeitig wäre es denkbar, Jugendeinrichtungen, die in den aktuellen Zeiten besondere Initiative zeigen, für diese Mühe finanziell zu belohnen.

Fast ein Jahr verzichten Kinder und Jugendliche bereits auf so viele Dinge, die vorher selbstverständlich waren. Sie verzichten aus Solidarität für die Gesellschaft und als fester Bestandteil von dieser. Nun wird es Zeit, dass die Politik sich solidarisch mit der jungen Generation zeigt. Junge Menschen müssen als Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden und mitreden dürfen. Es müssen die Weichen gestellt werden, damit Jugendliche Unterstützung erhalten, wenn sie sie brauchen. Es darf nicht bis auf die Zeit nach der Pandemie gewartet werden, sondern es muss jetzt proaktiv und langfristig gehandelt werden.“